



► Nr. VO/2012/00038
öffentlich

Lübeck, 18.12.2012

Bearbeitung: Christiane Nimz (E-Mail: christiane.nimz@luebeck.de Telefon: 122-6401)

Aufnahme Resettlementflüchtlinge

Die Bürgerschaft hat zu Punkt 4.29 mit Drs. Nr. 170 den nachstehend aufgeführten Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einstimmig **abschließend** an den Ausschuss für Soziales überwiesen

Sitzung der Bürgerschaft am 29. November 2012

Die Bürgerschaft hat zu Punkt 4.29 mit Drs. Nr. 170 den nachstehend aufgeführten Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einstimmig **abschließend** an den Ausschuss für Soziales überwiesen:

(Aufnahme Resettlementflüchtlinge)

1. Die Hansestadt Lübeck begrüßt die „Save me“ - Kampagne von Pro Asyl, Amnesty International und anderen Organisationen und unterstützt die Bemühungen der Initiativen, das vom Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) eingerichtete Programm „Resettlement“ auch in der Bundesrepublik umzusetzen und auszuweiten.

2. Die Stadt Lübeck fordert die Bundesrepublik daher auf, das in der Innenministerkonferenz vom Dezember 2011 beschlossene Aufnahme-kontingent für die nächsten drei Jahre von 300 Personen pro Jahr deutlich zu erhöhen und die für den Integrationsprozess notwendigen Mittel bereitzustellen. Die Stadt Lübeck erklärt sich bereit, im Rahmen des Resettlementprogramms zusätzlich zu den von der Bundesregierung aufgenommenen 300 Personen in diesem Jahr weitere 5 Flüchtlinge aus dem tunesischen Flüchtlingslager aufzunehmen. Wir fordern die Landesregierung auf, bei Erhöhung der Aufnahmekapazität entsprechend tätig zu werden.

Auftrag an:

FB 2: Wirtschaft und Soziales
(als geschäftsführender Fachbereich)

Die Bürgermeisterkanzlei bittet für den Kontrollbericht um kurzfristige Rückmeldung, wann und mit welchem Ergebnis der Antrag im Ausschuss beraten wurde – Danke !